



Hans-Dietrich Genscher

Hans-Dietrich Genscher

Der lange Weg zur deutschen Einheit

Vortrag zum Osnabrücker Friedenstag
am 24. Oktober 2001 in der Marienkirche

Wo könnte man über den Weg zur deutschen Einheit besser sprechen als in einer Stadt, die mit ihrem Namen für einen bedeutenden europäischen Friedensschluss steht? Was im Westfälischen Frieden vereinbart wurde, war mehr als eine Entscheidung über Deutschland allein. Was vor 353 Jahren hier und in Münster entschieden wurde, war ein Friedensschluss für ganz Europa.

Auch das, was wir mit dem ›Tag der Deutschen Einheit‹ begehen, war zusammen mit dem am 12. September 1990 in Moskau unterzeichneten ›Zwei-plus-Vier‹-Vertrag ein europäischer Friedensschluss mit Auswirkungen nicht nur für uns Deutsche, sondern für das ganze Europa und die Welt. In beiden Ereignissen wird sichtbar und deutlich, was wir nie vergessen dürfen: dass das Schicksal unseres Volkes untrennbar mit dem Schicksal Europas verbunden ist.

Was in diesem Land geschieht, betrifft Europa in ganz besonderer Weise. *Paul Claudel*, der große Franzose, wandte sich im Sommer 1945 – wenige Wochen nachdem der 2. Weltkrieg in Europa zu Ende gegangen war – an das deutsche Volk und forderte es auf, als ›Volk in der Mitte Europas‹ seine ›europäische Berufung‹ zu erkennen und den benachbarten Völkern verständlich zu machen, dass eine Zukunft nur gemeinsam gestaltet werden könne.

Wie die meisten Deutschen habe ich diesen Aufruf damals nicht zur Kenntnis genommen. Hätte ich ihn 1945 als damals 18jähriger gehört, so wäre ich erstaunt gewesen. Denn nach allem, was von 1933 bis 1945 geschehen war, gingen wir nicht davon aus, dass man uns Deutsche noch einmal fragen würde, wenn es um die Zukunft Europas ginge. Aber Paul Claudel hat es richtig gesehen: Was hier in diesem Land im Herzen Europas – dem Land mit den meisten Nachbarn – geschieht, ist zugleich europäisches Geschehen.

Die europäische Berufung der Deutschen wollte auch *Thomas Mann* 1953 in seiner großen *Rede an die deutsche Jugend* zum Ausdruck bringen. Er sagte: »Was wir wollen, ist nicht ein deutsches Europa«, und das war die Absage an eine Vorherrschaft der Deutschen über die anderen Völker. »Was wir wollen«, fuhr er fort, »ist ein europäisches Deutschland: Europa ist unser Schicksal, Europa ist unsere Chance, Europa ist unsere Zukunft«. Das sollten

wir aus den ersten Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg in das neue, das 21. Jahrhundert hinübernehmen.

Vielen ist die Entwicklung seit 1945 vor Augen. Die Jüngeren kennen sie aus Erzählungen, aus dem Geschichtsunterricht, aus der Literatur. Die Teilung Berlins, die Teilung Deutschlands war auch die Teilung Europas. Auch hier wird die Identität des deutschen Schicksals mit dem Europas offenbar. Für mich unvergesslich bleibt der Morgen nach der Öffnung der Mauer, als ich mit dem damaligen Bundeskanzler *Helmut Kohl* in Warschau war, wo ein Treffen mit dem *Solidarność*-Vorsitzenden *Lech Wałęsa* stattfand, der zum ersten Mal in einer freien Wahl für das Amt des polnischen Präsidenten kandidierte. Er wurde begleitet von seinem außenpolitischen Berater *Bronisław Geremek*, einem überzeugten Kämpfer für Demokratie und Freiheit in Polen, dem späteren langjährigen polnischen Außenminister. Dieser vertrat die Ansicht, die Öffnung der Mauer in Berlin sei die Öffnung des Weges zur Einheit der Deutschen, und deshalb sei dieser Tag auch ein großer Tag für Polen. Sei Deutschland erst vereint und frei, so würde auch Polen frei sein und ein Nachbar der Europäischen Gemeinschaft und des westlichen Bündnisses. Besser konnte in dieser historischen Stunde die Bedeutung der Ereignisse in der Bundesrepublik Deutschland und in der damaligen DDR nicht beschrieben werden.

Diese Ereignisse markierten den Endpunkt eines langen Weges, den die Bürgerinnen und Bürger in der DDR mit großer Entschlossenheit gegangen sind. Sie stießen das Tor zur Freiheit und zur Einheit auf: Die Mauer wurde vom Osten her friedlich von Menschen zum Einsturz gebracht. Und es waren nicht nur die Deutschen in der DDR, die Bürgerinnen und Bürger in Ungarn, in Polen, in der damaligen Tschechoslowakei, es waren auch Bürgerrechtler in der Sowjetunion und verantwortliche Politiker in den sozialistischen Staaten wie *Michael Gorbatschow* und *Eduard Schewardnadse*, die mit einer ›Revolution von oben‹ der friedlichen Einheit Europas und Deutschlands den Weg bereiteten. Was 1989 geschah, war eine friedliche Freiheitsrevolution, und zwar nicht eine deutsche, polnische und ungarische, sondern eine europäische Freiheitsrevolution. Die Historiker werden das Jahr 1989 als das ›europäische Jahr‹ in der Geschichte des 20. Jahrhunderts würdigen.

Die Menschen in der DDR, die damals für Frieden, Freiheit, Einheit auf die Straße gegangen sind, friedlich ihre Rechte einfordernd, waren Mitträger dieser europäischen Freiheitsrevolution. Wir verdanken ihnen, dass das ganze deutsche Volk – nach allem, was in der Geschichte Deutschlands im 20. Jahrhundert geschehen ist – sagen kann: Diesmal, 1989, als es um Freiheit, Menschenrechte und Demokratie in Europa ging, waren die Deutschen mit dabei. Das soll nicht vergessen werden, wenn über die Probleme der inneren Vereinigung und die finanziellen Leistungen gesprochen wird, die zur Bewältigung der Probleme im Osten notwendig sind.

In das Haus der Deutschen Einheit ist niemand mit leeren Händen gekommen. Die Deutschen in der Bundesrepublik kamen mit einer lebendigen Demokratie, einem sozialen Rechtsstaat, einer kraftvollen Wirtschaftsentwicklung. Die Deutschen aus der DDR kamen ins vereinte Land mit etwas besonders Kostbarem, nämlich selbst und friedlich errungener Freiheit. Das ist ihr Beitrag zu unserer Geschichte, der in anderen Staaten Europas und der Welt als das Eintreten Deutscher für Freiheit und Demokratie besonders gewürdigt wurde, nach allem, was im 20. Jahrhundert geschehen war. Aus den Ereignissen des Jahres 1989 haben wir den Auftrag empfangen, unsere europäische Verantwortung wahrzunehmen, gute Nachbarschaft zu betreiben und so der europäischen Berufung der Deutschen gerecht zu werden.

Die 1948 vom Parlamentarischen Rat in den westlichen Besatzungszonen erarbeitete Verfassung für Deutschland, die am 23. Mai 1949 zunächst nur in den drei westlichen Besatzungszonen Gültigkeit erhalten konnte, enthielt wichtige Wegweisungen für den neuen Staat, für unsere Bundesrepublik Deutschland. Die wichtigste Bestimmung ist der Artikel 1 unseres Grundgesetzes, der von der unantastbaren Würde eines jeden Menschen handelt. Mit der Präambel dieses Grundgesetzes ist – einmalig in der Verfassungsgeschichte – auch eine Wegweisung für die Außenpolitik unseres Landes gegeben worden. Sie sollte bei der Einigung Europas mitwirken, dem Frieden der Welt dienen und die Einheit Deutschlands herbeiführen. Letzteres haben wir erreicht; die anderen Ziele bestehen fort.

Ist der lange Weg zur deutschen Einheit nun mit der staatlichen Vereinigung vollendet? Betrachten wir, was inzwischen geschehen ist, wie sich unsere Welt verändert hat und vor welchen Herausforderungen auch unser Land steht. Der Kalte Krieg zwischen West und Ost hatte die Hoffnungen der Deutschen, bald wieder in einem Land leben zu können, enttäuscht. Deshalb waren die beiden deutschen Staaten entstanden, hier die Bundesrepublik Deutschland und östlich von uns die DDR. Der Kalte Krieg bewirkte, dass die Teilung Deutschlands sich in der Teilung Europas fortsetzte, indem die Sowjetunion in den Staaten ihres Machtbereichs mit allen Möglichkeiten eines totalitären Staates das sozialistische System einführte und durchsetzte. Im Westen gab es die Chance, eine bedeutende Demokratie zu entwickeln.

Unabhängig vom Beginn des Kalten Krieges in den Jahren unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg unternahmen große Persönlichkeiten in Westeuropa, in Deutschland ebenso wie in Frankreich und Italien, in Luxemburg, in Belgien und in den Niederlanden, die ersten Schritte, um jene Europäische Gemeinschaft zu schaffen, die zu einem aus sechs Staaten bestehenden Kern und Kristallisationspunkt für die Einigung Europas und der europäischen Demokratien wurde. Das oberste Ziel und erste Motiv der damaligen Akteure war nicht – wie manche meinen –, auf die Bedrohung aus dem Osten zu antworten. Vielmehr galt es, die Lehren aus den europäischen Bürger- und

Bruderkriegen des 19. und 20. Jahrhunderts zu ziehen, vor allen Dingen aus den beiden Weltkriegen in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Sie empfahlen ihren Völkern, die Zukunft gemeinsam zu gestalten, indem sie unser Land als gleichberechtigtes Mitglied in die Gemeinschaft der europäischen Demokratien aufnahmen.

Die Antwort auf die Bedrohung aus dem Osten war die Gründung des westlichen Bündnisses der NATO, dem die Bundesrepublik in den fünfziger Jahren beitrug. Die Entwicklung der folgenden Jahre war gekennzeichnet von einer immer stärkeren Repression in den kommunistischen Staaten. Am 17. Juni 1953 kam es zur blutigen Niederschlagung des Arbeiteraufstandes in der DDR. Sowjetische Panzer walzten diesen Aufstand nieder. Das Gleiche wiederholte sich 1956 in Ungarn; 1961 wurde die Mauer in Berlin gebaut, und 1968 rückten Truppen des Warschauer Pakts in der Tschechoslowakei ein, um den »Prager Frühling« *Dubčeks* und seiner Reformsozialisten mit Panzern zu ersticken. Die Reaktion des Westens war eher hilflos; sie erschöpfte sich in Protesten ohne Wirkung.

Die richtige Entscheidung der Bundesrepublik Deutschland, Mitglied der Europäischen Gemeinschaft und Mitglied des westlichen Bündnisses zu werden, gab uns aber die Möglichkeit, unser Interesse an der Überwindung der Teilung Deutschlands und Europas immer wieder zur Geltung zu bringen. Die Mitgliedschaft in den westlichen Gemeinschaften bedeutete eine Abkehr von deutschen Sonderwegen der Vergangenheit und war die endgültige Hinwendung Deutschlands zur Gemeinschaft der europäischen Demokratie.

Die NATO hat Krieg verhindert und eine Ausdehnung des sowjetischen Machtbereichs nach Westeuropa unmöglich gemacht. Es dauerte eine lange Zeit, bis die Politik gegenüber dem Osten über die militärische Sicherheit hinaus eine politische Konzeption zur aktiven Überwindung der Teilung Europas entwickelte.

Schon 1967 hatte das westliche Bündnis eine Konzeption verabschiedet, in der die Teilung Deutschlands als Hauptursache der Spannungen in Europa genannt und die Herstellung einer dauerhaften und gerechten Friedensordnung für ganz Europa als höchstes Ziel der Allianz bezeichnet wird. Man forderte Zusammenarbeit und gleichzeitig gesicherte Verteidigungsfähigkeit.

Die Bundesrepublik Deutschland konnte mit den östlichen Nachbarn in der Sache nicht zu einem Einverständnis über die künftige Entwicklung kommen, wollte aber ein friedliches Zusammenleben. Dies war die Bedeutung der in den frühen siebziger Jahren zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Sowjetunion, Polen, der Tschechoslowakei und der damaligen DDR geschlossenen »Ostverträge«, die für einen *Modus Vivendi*, einen Weg des friedlichen Zusammenlebens und auch Möglichkeiten der Zusammenarbeit sorgten.

Aber der vom damaligen Außenminister *Walter Scheel* unterzeichnete *Brief zur deutschen Einheit* enthielt auch das Ziel der deutschen Politik: Dort hieß es, der Vertrag stehe »nicht im Widerspruch zu Zielen der Bundesrepublik Deutschland, auf einen Zustand des Friedens in Europa hinzuwirken, indem das deutsche Volk in freier Selbstbestimmung seine Einheit wiedererlangt«. Hierin wird das Konzept für die Vereinigung Deutschlands erkennbar, auf einen Zustand des Friedens in Europa hinzuwirken, den Kalten Krieg abzubauen, Konfrontation zu überwinden, damit das deutsche Volk in freier Selbstbestimmung durch eigene Entscheidung seine Einheit vollenden kann.

Die damalige Bundesregierung bettete damit das Schicksal unseres Volkes in das Schicksal Europas ein. Sie machte deutlich, dass die Einheit Deutschlands und die Einheit Europas zwei Seiten derselben Medaille sind.

Es zeigte sich beim Fall der Mauer, dass man auch in Polen erkannt hatte, dass die Zusammenführung Europas auch die Vereinigung Deutschlands bedeutete. Die Verträge allein haben diesen Prozess zunächst kaum sichtbar in Kraft setzen können; dazu musste mehr geschehen.

Auf der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) wurde 1975 die Schlussakte von Helsinki unterzeichnet. Hier wurden wichtige Prinzipien des Zusammenlebens der Europäer niedergelegt: das Recht auf Selbstbestimmung, die Menschenrechte und das Recht jedes Volkes, darüber zu entscheiden, ob es einem Bündnis angehören will und welchem. In der Schlussakte von Helsinki war von der Lösung humanitärer Fragen die Rede, von Informationsfreiheit, von freier Presseberichterstattung; es war davon die Rede, zum beiderseitigen Vorteil zusammenarbeiten zu wollen.

Waren die Ostverträge im Deutschen Bundestag heiß umstritten gewesen, so galt Ähnliches für die Unterzeichnung der Schlussakte von Helsinki. Aber die Mehrheiten wurden gefunden, und die Schlussakte, deren historische Bedeutung darin besteht, erstmals im Ost-West-Verhältnis die Grundwerte freier Gesellschaften wie Demokratie, Selbstbestimmungsrecht, Menschenrecht zur Geltung gebracht zu haben, wurde unterzeichnet. Der Westen erreichte es in den Verhandlungen mit der Sowjetunion und ihren Verbündeten, diese Fragen zum Gegenstand der gemeinsamen Politik zu machen.

Damit die Deutschen aus Ungarn ausreisen durften, konnte die dortige Regierung auf jene Bestimmung in der Schlussakte hinweisen, in der von der Freizügigkeit der Menschen und dem Recht der Völker, sich zu vereinen, die Rede war. Es hieß dort auch, dass friedliche Veränderungen der Grenzen möglich sind, und dies ließ die Aufhebung der deutsch-deutschen Grenze zu.

Die Einführung westlicher Vorstellungen von Freiheit, Demokratie und Menschenwürde in den Ost-West-Dialog und die Politik zwischen West und Ost führten zu einer Veränderung der Lage in Europa. Das war ein ganz ursprünglich europäischer, ganz besonders ein deutscher Beitrag, verständlich angesichts der von den Deutschen durch die Teilung zu tragenden besonderen

Lasten. Aber alles, was damals politisch erreicht werden konnte, war nur möglich, weil die Menschen in den sozialistischen Staaten diese Politik bejahten und die Rechte, die ihnen die Helsinki-Schlussakte zubilligte, auch wahrnahmen und auf ihre Einhaltung pochten. Wichtig ist also festzuhalten, dass die Mauer vom Osten her zum Einsturz gebracht wurde und dass ein jahrzehntelanger Weg hinter uns liegt. Das sollte auch deshalb nicht aus unserem Bewusstsein geraten, weil inzwischen zahlreiche Darstellungen über den Prozess der deutschen Vereinigung kursieren, die diese als eine Augenblickserscheinung behandeln, die im Sommer oder Herbst 1989 begann und 1990 endete. Diese Ereignisse waren Teil eines historischen Prozesses, der noch nicht abgeschlossen ist.

Am Tag vor dem Fall der Mauer fand – wie alljährlich seit Anfang der siebziger Jahre – eine Bundestagsdebatte über den *Bericht der Bundesregierung zur Lage der Nation im geteilten Deutschland* statt. In diesen Berichten legte die jeweilige Bundesregierung dar, wie sie die Lage in der Bundesrepublik sieht, wie sie die Lage in der DDR sieht und wie das Verhältnis der beiden deutschen Staaten zueinander beurteilt wird. Auch Prognosen wurden abgegeben. Wer nun aber ein Gefühl dafür bewahrt hatte, was nach der Öffnung der Grenze in Ungarn, nach der Öffnung der Botschaftstore in Prag geschehen würde, der ahnte an jenem 8. November 1989, dass dieser Bericht zur Lage der Nation im geteilten Deutschland wohl der letzte seiner Art sein würde. Angesichts des Manuskripts der Rede, die ich im Deutschen Bundestag halten wollte, fragte ich mich immer wieder, was geschehen würde, wenn die Mauer irgendwann in naher Zukunft fiel, und welche Veränderungen für die Menschen in der DDR eintreten würden. Und auch für den Westen Deutschlands und Europas waren Veränderungen absehbar. Im Deutschen Bundestag habe ich dann gesagt: »Nichts wird mehr so sein, wie es war – nicht im Osten, aber auch nicht im Westen«.

Was damals geschah, betraf eben nicht nur die Deutschen, sondern ganz Europa und die Welt. Denn in den vorangegangenen Jahren des Kalten Krieges gab es ja nicht nur eine *ideologische* Konfrontation zwischen West und Ost, zwischen marktwirtschaftlicher Demokratie und sozialistischen Vorstellungen. Es gab auch die *militärische* Konfrontation, in der insbesondere auf dem Boden unseres Landes in Ost und West so viele Waffen, vor allem auch Vernichtungswaffen, einander gegenüberstanden wie niemals zuvor. Während der Kubakrise 1962 schrammte die Welt an einer nuklearen Katastrophe vorbei, die zum Ende der Menschheitsgeschichte hätte führen können.

Nun war wie von Geisterhand, nicht durch die Sprache der Waffen, sondern durch die Kraft der Idee von Freiheit und Demokratie und durch den Willen der Menschen, dieser Gegensatz zur Seite geschoben, war die Teilung Europas, aber eben auch die Teilung der Welt überwunden. Denn in der Zeit des Kalten Krieges rangen West und Ost um Einfluss in den Staaten der

Dritten Welt. In Europa konnte der Frieden bewahrt bleiben, aber in anderen Teilen der Welt gab es Stellvertreterkriege wie in Angola, Nicaragua, zeitweise auch Äthiopien und Vietnam. Nun aber schien eine neue Weltordnung möglich, und diese neue Weltordnung ist die Herausforderung unserer Zeit.

Wenn der amerikanische Autor *Francis Fukuyama* gesagt hat, das ›Ende der Geschichte‹ sei erreicht, so ist dies nicht richtig. Ein Kapitel konnte abgeschlossen werden: Am Ende des 20. Jahrhunderts war es die Aufgabe europäischer Staatskunst, die Einigung der europäischen Demokratien so weit voranzubringen, wie geographisch möglich, d.h. bis an den sowjetischen Machtbereich. Und weiter war es Aufgabe europäischer Staatskunst, die friedliche Überwindung der Teilung Europas zu ermöglichen, d.h. durch Vertrauensbildung und Zusammenarbeit, mit der Schlussakte von Helsinki ein Klima zu schaffen, in dem der Wille der Völker zur Freiheit sich entfalten konnte, ohne dass wieder sowjetische Panzer gegen die nach Freiheit dürstenden Menschen eingesetzt wurden.

An der Schwelle des 21. Jahrhunderts ist es die Aufgabe europäischer Staatskunst, die Einheit Europas zu vollenden und darüber zu entscheiden, wie wir als Europäer unsere Rolle in einer neuen Weltordnung sehen und welchen Beitrag wir zum Bestehen und zur Gerechtigkeit dieser neuen Weltordnung leisten wollen. Wie war es möglich, dass Frankreich und Deutschland, die so lange eine angebliche ›Erbfeindschaft‹ trennte, ganz eng zusammenrückten und damit die Einigung der westlichen Demokratien in Europa überhaupt erst möglich machten? Und wie konnten in dem Europa der Sechs drei relativ große Staaten – Frankreich, Italien und Deutschland – und drei eher kleinere Staaten – Luxemburg, Belgien und die Niederlande – zusammenarbeiten? Beides wurde nur möglich, weil diese sechs Staaten nicht nur eine gleiche Wertordnung, die gleichen Vorstellungen von Freiheit und Demokratie hatten, sondern auch weil sie in den Prozess der europäischen Einigung eingetreten waren – mit der Grundvoraussetzung, dass Europa nur gedeihen könne, wenn es auf der Grundlage der Gleichberechtigung und der Ebenbürtigkeit entstehe. Große und kleine Staaten müssen nebeneinander gleichberechtigt sein.

Aber jedes halbe Jahr wechselt der Vorsitz in der Europäischen Union. Das mag der deutsche Bundeskanzler oder der luxemburgische Regierungschef sein: Repräsentanten zweier Staaten höchst unterschiedlicher Größe, die dann mit gleichem Recht für Europa sprechen. Gleichberechtigung und Ebenbürtigkeit heißt, dass die Größeren davon absehen, Einfluss auf die anderen zu nehmen, dass sie nicht die Vorherrschaft anstreben, sondern sich ebenbürtig einordnen, für eine neue Kultur des Zusammenlebens sorgen, die andere Völker achtet. *Christa Wolf* sagt in einem ihrer Werke: »Wann der Krieg beginnt, das weiß man«, und stellt die Frage: »Aber wann beginnt der Vorkrieg?«. Ich möchte eine zweite Frage anschließen: Wo beginnt der Vorkrieg?

– Die Antwort: Der Vorkrieg beginnt in den Herzen und in den Köpfen der Menschen! Deshalb ist es so wichtig, dass wir alle es als die Verantwortung mündiger Bürger in einer freien Gesellschaft betrachten, *Vorurteilen* gegenüber den Andersdenkenden, den Andersgläubigen, den anders aussehenden Menschen eine Absage zu erteilen. Kinder, die in Familien und Schulen mit dem Hinweis auf die Achtung und die Ebenbürtigkeit anderer Völker aufwachsen, lassen sich später als Erwachsene nicht mehr aufhetzen.

Deshalb ist es auch so verkehrt, unser Europa nur als eine wirtschaftliche Veranstaltung zu betrachten, so bedeutend auch der gemeinsame Markt und die gemeinsame Währung sind. Nicht minder wichtig ist, sich bewusst zu sein, dass zur großen europäischen Kultur alle Völker ihre Beiträge geleistet haben und dass diese europäische Kultur nicht mehr wäre, was sie ist, wenn auch nur der Anteil eines Volkes daraus ausgeblendet würde. Das sind entscheidende Voraussetzungen für eine Friedensgesinnung, wenn wir vor der Frage stehen, wohin die Welt in diesem neuen Jahrtausend geht.

Wir müssen zur Kenntnis nehmen, dass in dieser von der Informationsgesellschaft und angestiegener Mobilität geprägten Welt die Menschen immer enger zueinander rücken. Es gibt keine ›fernen‹ Gebiete mehr. Was an irgend einem Ort dieser Welt geschieht, betrifft jeden von uns, überall. Das zeigt, dass wir eine Weltordnung schaffen müssen, in die wir als Europäer die schlechten und die guten Erfahrungen aus dem 20. Jahrhundert einbringen sollten. Dazu gehören als mahnende Beispiele die Kriege des 20. Jahrhunderts und als Beispiel für das Lernen aus der Geschichte die neue Kultur des Zusammenlebens im 21. Jahrhundert. Der amerikanische Philosoph *Samuel Huntington* glaubt befürchten zu müssen, dass es zu einem Zusammenstoß der Kulturen kommt. Solche Thesen bergen die Gefahr einer sich selbsterfüllenden Prophezeiung. Wir sind aber dem Schicksal der Welt nicht ausgeliefert. Wir, die heute Lebenden, entscheiden, wie diese Welt sich entwickeln wird.

Den Erfahrungen, die wir in Europa gemacht haben, verdanken wir die neue Kultur des Zusammenlebens und die Vision einer Weltordnung, in der alle Völker ihren Platz einnehmen können. In dieser Weltordnung soll das Wort »gerecht« kein leeres Versprechen bleiben, sondern Inhalt bekommen. Hier soll gegenseitige Achtung vor den Kulturen und Religionen gelten.

Hans Küng hat darauf hingewiesen, dass in den schriftlichen Zeugnissen der Weltreligion viele jener Einsichten niedergelegt sind, die *Kant* als Grundlage des ›Ewigen Friedens‹ bezeichnet hat. Dann aber kann doch nicht die Konfrontation drohen, sondern es muss den Dialog der Kulturen geben!

Unterschiede herausstellen heißt ja immer auch ausgrenzen. Aber die historische Strömung unserer Zeit heißt: Unterschiedliches auch als Bereicherung und Chance für jeden von uns anzuerkennen. Dass es neben der eigenen Auffassung andere Auffassungen gibt, ist das Kennzeichen einer freiheitlichen

Gesellschaft. Wir müssen daran gehen, diese neue Weltordnung zu gestalten, denn sie ergibt sich nicht von selbst.

Die *Vereinten Nationen* sind eine wichtige Organisation in dieser neuen Welt. Sie müssen noch ernster genommen werden. Wir müssen Medien für die wirtschaftliche Zusammenarbeit schaffen; dazu ist die *Welthandelsorganisation* ein gewichtiger Beitrag. Die Industriestaaten des Nordens sind aufgefordert, Privilegien aufzugeben, die die Entwicklungsländer daran hindern, ihre eigenen natürlichen Standortvorteile im Weltwirtschaftsgeschehen zur Geltung zu bringen. Wir brauchen eine Ordnung, die Transparenz auf den internationalen Finanzmärkten erzeugt – nicht Regulierung, sondern Transparenz. Wir müssen erkennen, dass es globale Herausforderungen gibt, auf die es globale Antworten geben muss.

Wir erleben zurzeit die Entstehung einer Weltkoalition gegen den Terror. Diese Weiterentwicklung in der Zusammenarbeit von Staaten von ganz unterschiedlicher Kultur und unterschiedlichem Selbstverständnis ist ein wichtiger Fortschritt. Wir müssen hoffen, dass sie nicht auf die Zusammenarbeit bei der Bekämpfung des Terrors beschränkt bleibt, sondern auch bei der Abrüstung, bei der Beseitigung von atomaren, chemischen und biologischen Waffen wirksam werden kann. Wir müssen bei der Bekämpfung der organisierten Kriminalität zusammenarbeiten; wir müssen bei der Überwindung der Unwissenheit in allen Teilen der Welt kooperieren und soziale Gerechtigkeit ermöglichen; wir müssen gemeinsam für den Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen und für die Sicherung der Menschenrechte arbeiten: Das sind die Aufgaben der Staatskunst und staatsbürgerlicher Verantwortung am Beginn dieses 21. Jahrhunderts.

Wir als Europäer haben eine besondere Verantwortung. Wir haben aus der Geschichte gelernt, zunächst im Westen und dann in der friedlichen Freiheitsrevolution im Osten Deutschlands. Diesen Beitrag zu einer neuen Weltordnung der gleichberechtigten und ebenbürtigen Partnerschaft wollen wir leisten, und damit auch jenen den Boden entziehen, die diese Weltordnung durch terroristische Gewaltakte und anderes, was sich gegen die gemeinsamen Interessen richtet, stören wollen.

Vielfach wird von einer neuen Verantwortung für uns Deutsche gesprochen. Diese neue Verantwortung haben aber alle Länder, alle Völker unserer veränderten, sich selbst verändernden Welt. In dieser grundlegend veränderten Welt müssen wir dafür sorgen, dass unser Land und unser Europa seinen Platz so einnehmen kann, wie es seinem Grundwert entspricht. Freiheit und Demokratie, aber vor allen Dingen die Würde jedes einzelnen Menschen überall in der Welt sind Maßstäbe, die wir uns für unser Handeln setzen müssen. Dazu gehört, dass wir in dieser neuen Weltordnung der immer enger zusammenwachsenden Länder alle Völker als unsere näheren oder ferneren Nachbarn betrachten. Dies muss der Erfolg der guten Nachbarschaft sein.

Ein am Ende des 19. Jahrhunderts in Bremen amtierender Bürgermeister, *Arnold Duckwitz*, empfahl einmal: Ein kleiner Staat – wie Bremen es im Deutschen Reich war – solle sein Verhalten immer so einrichten, dass die anderen Staaten im Deutschen Reich die Existenz Bremens auch als Unterpfeiler ihres eigenen Glückes betrachten; das sei die beste Garantie für seine glückliche Zukunft.

Was wäre uns Deutschen, was wäre Europa und der Welt, erspart geblieben, wenn wir Deutschen dies immer zur Maxime unseres Handels gemacht hätten? Wir wissen, wir haben vor allem in der schrecklichen Zeit von 1933 bis 1945 diesen Grundsatz sträflich verletzt. Aber es ist nie zu spät: Ein Deutschland, das sein Verhalten so einrichtet, dass auch die anderen Völker die Existenz Deutschlands als Vorteil für sich sehen – so konnte sich das Deutschland des Jahres 1989 betrachten mit seiner gefestigten Demokratie im Westen und mit den freiheitswilligen Menschen im Osten.

Es wird ein Glück für unsere Kinder bedeuten, wenn die Deutschen dies auch im 21. Jahrhundert beherzigen könnten.